

hundert Millionen Menschen, die sich als Christen und Protestanten bezeichnen, aber keiner Kirche, Religionsgemeinschaft oder Sekte angehören. Wenn man versucht, solche Leute für die katholische Kirche zu gewinnen, stört man in keiner Weise die ökumenischen Bestrebungen. Jedemfalls haben sich die großen nichtkatholischen Religionsgemeinschaften durch den ökumenischen Gedanken in ihrer Werbetätigkeit nicht stören lassen. „Catholic Digest“ hat eine Erhebung veranstaltet mit dem Ergebnis, daß die katholische Kirche in bezug auf Werbetätigkeit unter allen Religionsgemeinschaften in den Vereinigten Staaten an letzter Stelle steht.

Der katholische Laie kann (und soll) sich nach Fr. O'Brien bei der Werbung betätigen: 1. In den einzelnen Pfarreien werden regelmäßig (zweimal wöchentlich) Aussprache-Abende (inquiry classes) veranstaltet. Aufgabe des einzelnen ist es, Leute, die keiner Kirchengemeinschaft angehören und keine Kirche besuchen, für solche Aussprachen zu interessieren. 2. Nichtkatholische Freunde mitbringen zu den (in Amerika sehr häufigen) gesellschaftlichen Pfarr-Veranstaltungen. 3. Verbreiten und regelmäßiges Austragen von Diözesan- oder Pfarrei-Werbeschriften. Besondere Bedeutung haben hier gut geschriebene Konversions-Geschichten, von denen einige namhaft gemacht werden.

Selbstverständlich sind daneben immer wirksam die allgemeinen Werbemittel: Gutes Beispiel, Freundlichkeit und Dienstbereitschaft Andersgläubigen gegenüber, stets nur mit Zufriedenheit, Freude und Stolz reden von unserem Glauben, von der Kirche und ihren Einrichtungen, Fernstehende dem Priester zuführen.

Christenverfolgung im Sudan

Die Republik Sudan besteht aus zwei ungleichen Hälften: der Norden ist von Arabern bewohnt und ist geschlossen muselmanisch, im Süden wohnen hauptsächlich Negerstämme, die teils christlich, teils noch heidnisch sind. Die Zentralregierung in Khartum ist ausschließlich arabisch-muselmanisch. Ihr Ziel war von Anfang an, die beiden Landeshälften unter „einer Sprache, einer Religion, einem Vaterland“ zu einigen. Minister und andere hohe Beamte haben wiederholt erklärt, die christliche Kultur, die unter der Ägide des Imperialismus entstanden sei, müsse durch die islamische Kultur ersetzt werden.

Gleich 1957 wurden die 350 Missionsschulen „verstaatlicht“, d. h. den Missionaren, die größtenteils das Land verlassen mußten, wurde ihr Eigentum weggenommen. Aus den Schulen wurden Koran-Schulen (Khalwas) gemacht, in denen Lesen und Schreiben und islamische Religion gelehrt werden. Alle Kinder, die eine Khalwas besuchen, gelten von da an als Muselmanen.

Die Zulassung zu den Regierungsschulen geschieht durch ein Komitee, in dem die Araber die Mehrzahl bilden. Darin sind außer dem Hauptlehrer, dem Polizisten, dem Dorfvorsteher auch die arabischen Händler des Ortes. Jeder Bewerber muß seine Religion angeben. Gibt er den Islam an, wird er ohne weiteres aufgenommen. Bekennt er sich als Christ, wird er auf jede Weise umzustimmen gesucht. Es wird von regelrechten Quälereien berichtet, von Drohungen der arabischen Händler, die Christen zu boykottieren, von Kindern, die schreiend protestieren, wenn die Eltern sie als muselmanisch eintragen lassen wollen.

Die Folge ist, daß die Neger aus den verschiedenen Stämmen, Christen und Heiden, massenhaft über die Grenze wandern, hauptsächlich nach Süden in die Republik Kongo. Man schätzt die Zahl dieser Flüchtlinge in den letzten drei Jahren auf 30 000. Im Januar 1963 hat die Regierung von Khartum eine „Amnestie“ erlassen für alle, die seit Oktober 1962 das Land verlassen hätten. Die Amnestie erstreckte sich jedoch nicht auf „andere Verbrechen“, die sie etwa begangen hätten. Begreiflicherweise hat so gut wie niemand dieser freundlichen Einladung zur Rückkehr Folge geleistet.

Die Weltpresse hat sich nicht genug entrüsten können über die angebliche Intoleranz der Katholiken in Süd-Vietnam. Hier, wo es sich um eine wirkliche Religions- und Rassenverfolgung handelt, schweigt sie. UNESCO hat der Regierung in Khartum 32 Schulgebäude zur Verfügung gestellt, die gegenwärtig aufgestellt werden, und weitere 68 versprochen. Damit soll das Analphabetentum im Süd-Sudan bekämpft werden. Natürlich wird die Regierung daraus wieder Koranschulen machen. (*Revue du Clergé Africain*, Sept. 1965, 495 ff.)

FE Y ALEGRIA – Hoffnung für Lateinamerika?

„Wir können nicht erwarten, daß andere das tun, was wir selbst tun könnten!“ – so kann man auf einem der zahllosen Flugblätter lesen, die im Namen von „Fe y Alegria“ die Bevölkerung Venezuelas zur Selbsthilfe aufrufen. „Unser Problem besteht nicht darin, nichts zu besitzen, sondern in der Unfähigkeit, etwas zu besitzen. Die einzige Lösung ist, die Menschen zu erziehen und zu bilden. Ein Volk ohne Bildung kann sich nicht entwickeln. Die Zukunft wird so sein, wie sie sein soll, wenn alle Menschen ein Recht haben auf das, was sein soll: Arbeit, Unterkunft, Verantwortung und Bildung.“

Die Verhältnisse in Venezuela während der 50er Jahre sind für den übrigen mittel- und süd-amerikanischen Kontinent typisch: große wirtschaftliche und soziale Kontraste zwischen „arm und reich“. Venezuela ist eines der reichsten Länder der westlichen Welt – und zugleich eines der ärmsten. Mit einer Bevölkerung von 7,7 Millionen hat es gewaltige Bodenschätze – 2500 Millionen Tonnen Erdöl und 1000 Millionen Tonnen Eisenerz – aber nur 10 % der Bevölkerung erhalten mehr als 50 % des jährlichen Aufkommens. Der Großteil der Bevölkerung lebt in Armut; teilweise unter dem Existenzminimum. Einem jährlichen Produktionszuwachs von 1,5 % steht ein entsprechender Bevölkerungszuwachs von 4 % gegenüber. 50 % der Einwohner Venezuelas sind jünger als achtzehn Jahre; mehr als 10 % aller Arbeitsfähigen sind arbeitslos; 80 % haben lediglich den Ausbildungsstand eines Hilfsarbeiters. 28 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Privatschulen sind nur für die, die es sich leisten können, und die öffentlichen Schulen sind unzureichend oder unter kommunistischer Kontrolle. Im Durchschnitt erstreckt sich die bildungsmäßige Erziehung der Kinder auf die ersten beiden Volksschulklassen. 173 000 Kinder leben in Verwahrlosung; davon allein 40 000 in den Elendsvierteln von Caracas. Jugendkriminalität, psychische und physische Labilität, kultureller Verfall, Hunger und Verzweiflung sind das Resultat dieser Situation.

Der Kommunismus wird so lange eine ernste und drohende Gefahr für Venezuela sein, bis die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die einen breiten Teil der Bevölkerung unmittelbar treffen, gelöst sein werden. Es gibt keine Alternative: Staat und Gesellschaft müssen sich diesen Problemen stellen – und die Zeit drängt.

Es gibt Institutionen auf privater Ebene, die sich um Erziehung, Gesundheit und sozialen Wohlstand bemühen. Zu ihnen gehört „Fe y Alegria“ (Glaube und Glück) – eine Gruppe aktiver katholischer Laien, die sich sozialen Fortschritt und Bildung des lateinamerikanischen Proletariats zur Aufgabe gemacht haben. „Fe y Alegria“ versteht sich selbst als „soziale Bewegung, die das Problem an der Wurzel angreifen will; nämlich in den Städten, Dörfern und auf den Farmen, wo die Menschen leben“. Darum bemüht sich „Fe y Alegria“, Schulen zu gründen und zu leiten, Lehrkräfte auszubilden, den Kindern Nahrung und Gesundheit zu garantieren und durch die Zielsetzung gemeinsamen Handelns ein Gefühl gegenseitiger Verantwortung zu wecken. „Fe y Alegria“ ist eine Institution für soziale Arbeit ohne eigensüchtige Ziele; ihre Gründung geht auf den Universitätsprofessor P. José Ma. Vélaz SJ – einen Mann genialer Pläne und kluger Organisation – zurück, der im Jahre 1954 mit einigen seiner Studenten und Studentinnen in die Elendsviertel von Caracas ging, um den Menschen zu helfen.